

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.,
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Rich-
tungspunkten angenommen. Im
amtlich, Zeitungsverzeichnis unter
Code-Zeitung eingetragen. Für
unterirdig eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Rückordern mit der
Quellenangabe, Code-Zeitung ge-
hoben. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1413
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Zoole-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Sonnentagen 40 Pf., Resttagen
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unser Geschäftsstellen 2. Hälfte
Anzeigenpreise. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags 1 mal. Haupt-Ge-
schäftsstellen: Halle, Neue Pres-
sade 13. Dr. Braubaustr. 17.
Leben-Geschäftsstellen: Große
Weichstraße 32 und Markt 24.
Verlags-Konto Leipzig Nr. 4694.

Nr. 375.

Halle, Freitag, den 13. August 1920.

Einzelpreis 20 Pf.

Eine Spaltung der Entente?

Frankreich geht seine eigenen Wege — Lloyd George in Erstaunen — Amerika wartet ab.

Der Weg nach Genf.

Die Nachricht, daß die Verhandlungen in Genf am 23. August aufgenommen werden sollen, hat bisher noch keine Bestätigung. In der Berliner Wilhelmstraße wird verneint, daß überhaupt noch keine Einladung eingetroffen sei. Diese Verzögerung hängt offenbar mit den diplomatischen und militärischen Verbindungen im Osten zusammen. Nun hat der Reichsfinanzminister Dr. Wirth dem Berliner Berichterstatter des Pariser „Journal“ eine Unterredung gewährt, in der den Franzosen einmal die finanzielle Lage Deutschlands auseinandergesetzt wird. Ob sie Eindruck macht, bleibt abzuwarten. Die Franzosen sind nun einmal darauf eingestellt, daß Deutschland zahlen müsse, aber nicht wolle. Dr. Wirth hat nun dargelegt, daß selbst eine Schuldsumme von 60 Milliarden Goldmark die deutsche finanzielle Leistungsfähigkeit übersteige. Um die Summe von 60 Milliarden Mark in 30 Jahren abzurufen, müßte eine Familie von vier Köpfen jährlich 2400 Mark Steuern zahlen. Da außerdem die reichs eigene Belastung für eine vierstellige Familie 2000 Mark beträgt, würde die Gesamteinkommenbelastung 4400 Mark ausmachen. Um ein Verhältnis dazu zu gewinnen, wies Dr. Wirth darauf hin, daß nach der preussischen Einkommensteuerstatistik 81 von Hundert ein Einkommen von unter 3000 Mark verlieren. Allein mit diesen Ausführungen wird der Reichsfinanzminister bei den Franzosen kein Glück haben. Sie werden und wollen sich nicht überzeugen lassen, zumal im Friedensvertrag die Klausel enthalten ist, daß die Wiedergutmachungen vor allen anderen Leistungen einen Vorrang genießen sollen. Frankreich ist nicht nur ein hartnäckiger, sondern auch ein rückwärtsgeringer Gegner. Um die russischen Milliarden zu retten, durchgereicht er sogar die wichtigsten der Verbandspolitik im Osten, die Lloyd George und Millerand erst am Sonntag in Sythe festgelegt hatten. Eine Pariser Meldung behauptet nichts mehr und nichts weniger, als daß Frankreich die Regierung des Generals Wrangel in Südrussland anerkannt habe. Und das zu einer Zeit, da Moskau sich bereit erklärt, die Verhandlungen mit Polen endlich zu beginnen. Aber Moskau hatte an diesen Beginn auch Voraussetzungen geknüpft, wie die, daß General Wrangel nicht mehr unterjocht werden dürfe. Frankreich tut noch mehr, nur weil General Wrangel die Verpflichtung anerkannt hat oder anerkannt haben soll, die ehemals zaristischen Milliarden zurückzuführen. Das ist ein Schwachsinn, der unmittelbar und unmittelbar gegen die Sowjetregierung in Moskau gerichtet ist. Sie wird also in Rußland den Frieden mit Polen erzielen, während in Südrussland die Widerstandskraft des Generals Wrangel aufschwimmt. Eine Politik, die so auf finanzielle Gutheben und Wiedererwerb eingestellt ist, ist ein Hindernis für den Wiederaufbau Europas, der ohne Entzweiung und gegenseitige Hilfe nicht durchgeführt werden kann. Wenn wir auch in Genf die Unmöglichkeit darlegen wollen und müssen, die von Frankreich erwarteten Summen zu zahlen, so genügen dazu nicht einige Mittelungen aus der Steuerstatistik. Wir wissen, daß die französischen Forderungen trotz des Abkommens in Spa nicht irgendwie eine Verringerung oder Beschränkung erfahren haben. Im Gegenteil, die Forderungen wachsen geradezu ins Unbegreifliche, so daß der Verdacht naheliegt, den Franzosen sei jeder Zahlenverlust verloren gegangen. Was wir in Genf brauchen, das ist eine peinlich genaue durchgeführte Erzeugungsstatistik. Den Vertretern des Verbandes in Genf ist ein gewisses Maß der deutschen Wirtschaft vorzulegen, aus dem zu ersehen ist, wie Notstand, Mangel, Hunger und Arbeitslosigkeit die Erzeugung immer mehr einschrumpfen lassen. Dr. Wirth hat dem Berichterstatter des „Journal“ auch gesagt, daß wir in Genf aufstands- halber keine Vorschläge machen können und würden. Das aufstandshalber brauchen wir nicht zu betonen. Wir wollen mit Tatsachen und Ziffern, nicht mit gefühlsmäßigen Behauptungen aufwarten. Also Tatsachen, die die Wirtschaftskraft des besiegten und verkleinerten Deutschlands darstellen. So wie sie ist, aber auch so, wie sie nach Anspannung aller Energien sein könnte. Aber auch dann müßten wir nicht die Friedensleistungen erreichen, da uns hierzu die Demagnation des Außenhandels und unterer Handelsstufe fehlen, die einmal zu den Tragfüßen der deutschen Wirtschaft gehören. Aber auch Ziffern müssen wir in Genf vorlegen, die unser Volkswirtschaften nicht nur aufweisen, so wie es ist, nicht aber so, wie es sich in der Ueberfülle von 70 Milliarden Papiergeld und 122 Milliarden Mark schwebender Schulden darstellt. Genf darf nicht eine Wiederholung der Ereignisse in Spa werden. Frankreichs gemeine Philisterei durch die Geschlossene im Osten nur neue Nahrung gefunden. Je schwächer Polen ist oder wird, desto stärker wird Frankreich auf der anderen Seite Druckmittel anzulegen suchen, um Deutschland nicht aus der Range zu lassen. Wir haben mittelmäßig keine Ursache,

uns über die östliche Entwicklung irgendwie zu freuen, denn schließlich ist das Verhältnis zu Rußland nicht die Triebkraft der französischen Politik, sondern das zu Deutschland.

Die russisch-polnische Frage.

London, 12. August. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Die Kritik ist zweifelslos vorbei. Der Friede zwischen Rußland und Polen und als Folge davon der allgemeine Friede und die Anerkennung Rußlands sei so gut wie sicher. „Daily Chronicle“ erklärt, daß der Minister die durch Rußland gestellten Bedingungen im allgemeinen für annehmbar halte, wenn auch einige der angeführten Bedingungen nähere Aufklärung erfordern. Die Regierung glaubt, daß sein Grund vorliege, den für morgen geplanten Schluß des Parlamentes hinauszuverschieben.

Kopenhagen, 12. Aug. Sikaus Büro erfährt aus hiesiger russischer Quelle, der Vertreter des russischen Kommandos wartet seit dem 9. d. M. vergebens auf das Eintreffen der polnischen Delegation. Bei der polnischen Regierung ist durch drahtloses Telegramm angefragt worden, wann die polnischen Delegierten erwartet werden können.

„Eine neue Gefahr für Petersburg.“

Kopenhagen, 12. August. Die „Nationaltidende“ aus Sellingsborg meldet, hat das Eintreffen der englischen Flotte in den finnischen Bucht in den leitenden kommunistischen Kreisen von Petersburg Verunsicherung hervorgerufen. Einem englischen Angriff mit der Ueberrumpfung. „Eine neue Gefahr bedroht Petersburg.“ Es heißt in dem Aufsatz, die Imperialisten der Entente reizen Finnland zum Angriff gegen Petersburg auf und geben die besten Angriffs mit der englischen Flotte zu unterstützen. Wir wollen sehen, ob England es wagt, seine Drohungen zu verwirklichen und ob das weiße Finnland es wagen wird, uns zu überfallen, nachdem wir es schon einmal vernichtet haben. Wir wollen sehen, ob die englische Flotte gegen Petersburg vorgeht. Wenn sie es tut, werden die Arbeiter und Matrosen aufgerufen, für die Verteidigung der Stadt zu sorgen.

Neue Erfolge Wrangels.

Konstantinopel, 12. August. Reuters. General Wrangel hat die Verbindung mit den Donkolen hergestellt und Alexandrowst und Großsibirsk nach schweren Kämpfen genommen.

Paris, 12. August. Wie die Morgenblätter aus London melden, wurde gestern im Unterhause erklärt, daß die englische Flotte im Schwarzen Meer nicht den Befehl erhalten habe, mit den Streitkräften des Generals Wrangel zusammenzuarbeiten.

Paris, 12. August. Nach einer Radio-Meldung aus Bukarest soll Rumänien eingewilligt haben, daß ein Armeekorps des General Wrangel rumänisches Gebiet passiert, um nach Galizien zu gelangen.

Frankreich geht eigene Wege.

London, 11. August. Unterhaus. Auf eine Anfrage betreffend die Pariser Meldung, wonach die französische Regierung beschloß, die Regierung Wrangels anzuerkennen, sagte Lloyd George, er habe die Meldung mit Ueberraschung und Besorgnis gelesen. Eine Mitteilung dieser Art sei ihm nicht zugegangen. Er könne kaum annehmen, daß die Meldung direkt sei, weil er sicher ist, daß Millerand ihm die Absichten der französischen Regierung bekannt gegeben haben würde, wenn er etwas derartiges beabsichtigt. Ein Vorhaben auf die Anerkennung Wrangels sei auf der Konferenz von Sythe nicht gemacht worden. Lloyd George fügte hinzu, wir beabsichtigen nicht Wrangel anzuerkennen, außer in dem Falle, auf den ich getreten hinweise.

Amsterdam, 12. August. Der „Telegraaf“ berichtet aus London: Die Pariser Meldung betreffend die Anerkennung der Regierung Wrangels rief geradezu Ueberraschung, ja Sensation hervor. Der radikale „Star“ veröffentlicht einen Artikel unter der Ueberschrift „Frankreich wird dem Frieden einen Stoß zwischen die Beine.“ Unter Hinweis auf die gestern Abend veröffentlichte amerikanische Note, die von keinen Verhandlungen mit der Sowjetregierung etwas wissen will, erklärt der „Star“, daß die Bundesgenossen in der russischen Frage in zwei Parteien geteilt seien, Frankreich und Amerika künden England und Italien gegenüber.

Amerika wartet ab.

Paris, 12. Aug. Savas berichtet aus Washington vom 11. August, dort werde versichert, daß die amerikanische Regierung erst das Ergebnis der Verhandlungen in Wien abwarten wolle, bevor sie die nötigen Schritte unternähme, um die in der Note an Italien gegebenen Versprechen bezüglich eines Ein-

greiffens zur Erhaltung der polnischen Unabhängigkeit zu erfüllen. In diplomatischen Kreisen sehe man in der Forderung, daß die Note an Italien gerichtet werden sei, ein Zeichen dafür, daß die amerikanische Regierung Italien vor jeder Anerkennung der Bolschewisten warnen wolle.

Weiter berichtet Savas aus Washington, Frankreich habe der amerikanischen Regierung den Entschluß, die Regierung des Generals Wrangel anzuerkennen, noch nicht mitgeteilt, obwohl die amerikanische Regierung der Handlungsmöglichkeit der französischen Regierung insofern gegenüberüberste. Amerika sei aber trotzdem nicht geneigt, irgendeine antipolitische Regierung in Rußland anzuerkennen, solange die Lage nicht klarer übersehen werden könne.

Amsterdam, 12. August. Nach einer ergänzenden Meldung aus Washington heißt es am Schluß der gestern gemeldeten amerikanischen Note an den italienischen Botschafter, es sei unbestreitbar, daß die gegenwärtigen Beherrscher Rußlands nicht nach dem Willen und mit Zustimmung eines beträchtlichen Teiles des russischen Volkes regierten und daß es unmöglich sei, die gegenwärtigen Machthaber anzuerkennen. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde es begrüßen, wenn die Alliierten eine Erklärung abgeben, daß das Erreichen der Regierungsmehrheit die Wünsche der Finnländer, Polen und Armenier nach Unabhängigkeit seien indessen berechtigt.

Die Haltung der englischen Gewerkschaften.

London, 12. August. Einige Mitglieder des Aktionsausschusses für die am Freitag ausgetretene Konferenz der Gewerkschaften sprachen ihre Enttäuschung über die Gestaltung der russisch-polnischen Angelegenheiten aus, äußerten insbesondere die Vermutung, die Konferenz werden verlangen, daß die englische Regierung sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes die Sowjet-Regierung anerkenne und Handelsbeziehungen mit Rußland aufnehme.

Die Franzosenherrschaft im Saargebiet.

Saarbrücken, 11. August. Die Gewalt Herrschaft der Franzosen im Saargebiet kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch die nachstehende Verordnung des französischen Kommandierenden Generals:

Der kommandierende General der Truppen im Saargebiet ernennt auf Grund der Bekanntmachung der Regierungskommission des Saargebietes vom 6. August betr. Veränderung des Verwaltungsstandes:

1. Versammlungen aller Art sind verboten.
2. Anmahlungen von mehr als drei Personen und Umzüge sind verboten.
3. Das Waffen tragen ist verboten. Die Gültigkeit aller Waffenbesitznachweise und von den oberen Zivil- und Militärbehörden erlassen werden.
4. Vom 8. August mittags muß jede Person, ob Saarländer oder Ausländer, eine Ausweiskarte bes. Legitimationspapiere bei sich tragen.
5. Pariser und anderer Art (Straßenbahn und sonstige Fuhrwerke) werden an allen Ausgängen der Städte und Dörfern des Saargebietes, welche an den Hauptverkehrswege angeschlossen sind, einer genauen Kontrolle unterworfen werden.
6. Die Zeitungen haben sich darauf zu beschränken, Nachrichten ohne jeglichen Kommentar zu veröffentlichen. Sie sind verpflichtet, alle Versammlungen, Anträge und Bekanntmachungen des kommandierenden Generals zu veröffentlichen. Es ist ihnen streng untersagt, denselben irgend eine Bemerkung auszusprechen. Jede Uebertretung dieser Bestimmung wird die Einstellung des Zeitungsbesitzers nach sich ziehen.
7. Alle öffentlichen Lokale sind vom 7. August ab um 10 Uhr abends zu schließen.
8. Vom gleichen Tage an darf von 10 Uhr abends niemand auf der Straße sein, wenn ihm nicht eine besondere schriftliche Genehmigung von Seiten der Militärbehörden vorliegt.
9. Jedermann, welcher einem rekrutierten Beamten, Arbeiter oder Angehörigen Unterhelfung leistet, nachdem derselbe infolge eines Rekrutitionsbefehls seine Wohnstätte verlassen hat, wird in Haft genommen.
10. Jedermann, welcher einem Fremden, der ohne ordnungsmäßige Rekrutationspapiere das Saargebiet betreten hat, Unterhelfung leistet, wird in Haft genommen werden.
11. Jedermann, welcher anlässlich von Abteilungen der bewaffneten Macht feindliche Rufe ausstößt, wird in Haft genommen werden.
12. Allen Arbeitern soll es ausdrücklich werden, sich zu ihrer Arbeitsstätte zu begeben. Die Arbeitsschichten und die Führer von militärischen Abteilungen haben alle kritischen Fälle zu melden, damit jeglicher Angriff seitens der Nachtarbeitenden abgewehrt werde.

Saarbrücken, 7. August 1920. Der kommandierende General der Truppen des Saargebietes, Strauß-Desmarest.

Paris, 11. August. Savas meldet aus Saarbrücken, daß in den Wäldern von Saarbrücken 60 Gliederhauer festgenommen wurden. Sie hätten die Arbeit verweigert und erklärt, nur von Deutschland gegebenen Befehlen gehorchen zu wollen. Seit Mittwoch tagt das Kriegsgericht.

Annahme der Danziger Verfassung.

Danzig, 11. August. Die Verfassunggebende Versammlung hat die Verfassung der freien und hanseatischen Danzig in dritter Lesung angenommen. Vor Beginn der dritten Lesung hatten die Unabhängigen und die Polen eine Erklärung abgegeben, daß sie sich an den Beratungen der dritten Lesung nicht mehr beteiligen würden. Die Beschlüsse der Versammlung sind demnach die Annahme ihrer Annahme nicht rechnen konnten. In der Schlussabstimmung, die namentlich erfolgte, stimmten 68 Abgeordnete für und 44, die Mehrheitsstimmzahl, die Unabhängigen und die Polen, gegen die Verfassung. Der Schluss der Versammlung besteht in dem Beschlusse, den die Versammlunggebenden Versammlung nach in einer Schlussabstimmung dem Waische Ausdruck, daß das gezeichnete Wort der Verfassung dem freien Staat Danzig, solange er besteht, zum Segen werden möge.

Der Reichsfinanzminister demittiert.

Berlin, 12. August. Zu dem Bericht über eine Unterredung, die der Reichsfinanzminister dem Sonderberichterstatter des "Journal" Lucien Chaffaigne erteilt haben soll, erzählt "M.Z." auf zukünftiger Seite: Eine solche Unterredung hat nicht stattgefunden. Der Reichsfinanzminister hat Lucien Chaffaigne überhaupt nie gesprochen. Lucien Chaffaigne hat lediglich in den Nachrichten des Reichsfinanzministeriums über einige Punkte der Deckkraft über die steuerliche Belastung Deutschlands um Auffklärung nachgehakt. Die aus diesem Anlaß gegebenen Erklärungen sind unrichtig wiedergegeben.

Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates für Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik.

Berlin, 11. August. (Eig. Med.) Die vereinigten Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates für Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik traten, wie schon kurz gemeldet, gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen und die Besprechung über die Vorschläge des Untersuchungsausschusses zum Antrag Wiffel über die Förderung der Produktionen Erwerbslosen in der Sorge anzuführen der Betriebsstörungen fortzusetzen. Zunächst wurde die Vorsehung des Gesetzes über eine Aufgabe zur Förderung der Wohnungsbau (Mietsteuer) der Untersuchung der genannten Ausschüsse betraut, nachdem ein Antrag auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses von 18 Mitgliedern für diese Frage abgelehnt war. Für die Besprechung über den Antrag Wiffel wurden zwei Lesungen beschlossen, deren zweite am Freitag stattfinden soll. In der heutigen ersten Lesung stimmte Rath Keinitz (Zentralföderation des Großhandels) der Meinung des Untersuchungsausschusses nicht zu, daß die Freistellung nicht auf die Löhne, sondern auf die Produktions- und Handelsverhältnisse zurückzuführen sei. Die wirtschaftliche Notlage hänge wesentlich mit den allgemeinen Arbeitsverhältnissen nach der Revolution zusammen, das Personal sei vermindert, die Arbeitsleistung vermindert. Mehrere beschwerte die unheilvolle Wirkung der Streiks auf den Produktionsprozess. Da der innere Markt die Industrie nicht genügend beschäftigen könne, müsse der Export gehoben werden. Die staatliche Regulierung der Wirtschaft müsse aufhören.

Abgeordneter Wiffel führte demgegenüber aus, daß die Arbeitslöhne zuzunehmen nur mit einem Behebel der Rohstoffe aber mit dem Behebeln in dem Preise der Waren einander begeben. Es ist nicht einmal der Bedarf des Inlands befriedigt. Die Warenpreise müßten der Kaufkraft angepasst werden. Für die Wirtschaft müsse geschaffen, was erforderlich sei; allerdings hätte er die von den Arbeitern vielfach erzwungene Unterlassung des Steuerabzuges für ein Verbrechen.

Abgeordneter Kommerzienrat Wallerstein-Diffenbach A. M. bemerkt, von unangenehmem Handelsgewinn könne nicht die Rede sein, auch nicht in der Schiffindustrie. Die Zeit für einen Lohnabbau sei noch nicht gekommen, im Gegenteil hätten neue Lohnforderungen bis zu 20 Prozent zum Ausgleich für den Steuerabzug benötigt werden müssen. Die Versuche zum Wertschöpfen in der Wirtschaften Industrie seien gescheitert, weil man den Konsumanten zu große Opfer zumutete. Es hätten Notkredit für unter den Gefangenen stattfinden. Von einem Hütemonopol verweise er sich gar nichts. Es müßten andere Maßnahmen gegen eine neue Häutehaube getroffen werden. Die Wiffel'sche Planwirtschaft sei ebenso unmöglich wie die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft. Am allgemeinen stimmt Rehner den Vorschlägen des Untersuchungsausschusses zu.

Abgeordneter Heinrich Kaufmann-Hamburg (Vertreter der Verbauteilnehmer) Die Löhne könnten sogar noch erhöht werden ohne unehren Wettbewerb unschuldig dem Ausland gegenüber zu machen, was allen würde die Löhne höher als bei uns sein. Vor allem müßte die Zwangswirtschaft abgeändert werden. Das Wesen der Wirtschaft sei die freie Konkurrenz. Es sei ein Irrtum der Arbeiter, daß der Abbau der Zwangswirtschaft ein Rückschritt auf dem Wege der Sozialisierung sei; die Zwangswirtschaft habe mit Sozialismus nichts zu tun.

Chefrent Weyger (Vertreter des Reichsarbeitsministeriums) legt die Reichsregierung habe beschlossen, das Zweieinhalbliche der ersparten Erwerbslosenunterstützung für Kostarbeiten zu verwenden. Die Kunstarbeiter sollen von jetzt ab noch härter unterstützt werden als bisher. Die Erwerbslosenunterstützung werde, von Ausnahmen abgesehen, über 20 Wochen hinaus ausgedehnt. Abgeordneter Dietrich (Vertreter der Landwirtenschaft) wird die Arbeitlichen mühen bei besten Leistungen durch Erhöhung der Arbeitsleistungen. Den Grundrunden der Wiffel'schen Planwirtschaft, die zum Teil den Vorschlägen des Untersuchungsausschusses zugrunde liegen, könne er nicht zustimmen, ebenförmig der Aufgabe der Beförderung der Erwerbslosenunterstützung auf 20 Wochen, sowie der Sozialisierung der Holzwirtschaft.

Abgeordneter Tarnow (Arbeitervertreter der Industrie) führt aus, daß es nicht nur Meinung des Untersuchungsausschusses, sondern ein Ergebnis der Sachverständigen-Berichtungen sei, daß nicht die Löhne, sondern die Rohstoffpreise die hohen Warenpreise verursachen hätten. In keinem Lande habe die Rohstoffpreise so stark gestiegen wie in Deutschland. Kom Standpunkte der Arbeiter müßten die Vorschläge des Untersuchungsausschusses herabgesetzt werden.

Abgeordneter Dr. Zeitlich (Schuherverband Deutscher Schuhmacher) ersucht aus dem Untersuchungsausschuss die Vorschläge für praktische Arbeit.

Abgeordneter Redakteur Pfeiffer weist darauf hin, daß produktive Erwerbslosenleistungen für ein neues Wort für Kostarbeiten sei, daß aber Kostarbeiten, wie Kaufmann, mit anderer Finanzlage nicht vereinbar seien.

Abgeordneter Prof. Dr. E. Dreier-München merkt sich gegen die im Untersuchungsausschuss Sozialisierung der Holzwirtschaft.

Abgeordneter Schumacher (Arbeitervertreter des Handwerks) spricht sich im Sinn der Vorschläge des Untersuchungsausschusses aus.

Damit schließt die erste Lesung des Berichtes des Untersuchungsausschusses. Die zweite Lesung findet am Freitag um 1 Uhr statt.

Deutsches Reich.

25 Millionen Gulden deutsche Schatzanleihe an Holland übermitteln. Nach einer Meldung des Rheinischen Couriers hat die deutsche Regierung die 25 Millionen Gulden an deren Antieichselben zur Dedung des Deutschland zum Einkauf von Lebensmitteln gewährten Kredit zugesagt.

Die Freilassung des Leunanns Berger in Altingen. Wie aus Leipzig gemeldet wird, wird in der Angelegenheit des Leunanns Berger in Altingen, aus der Nachrichten der letzten Monatsblätter, daß der Minister des Innern, ohne dem Justizministerium oder der Regierung vorher Mitteilung gemacht zu haben, Berger auf eigene Hand wieder freigelassen hat. Die Regierung hat daraufhin sofort die nötigen Schritte getan. Der Minister des Innern hat sich indes mit dem Justizminister in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, aus welchem Grunde der Richter zur Freilassung Berangers gekommen ist. Aus dem dem Minister des Innern vorliegenden Material ist ein Grund zur Entscheidung einzuwirken nicht zu erkennen. Das Weitere wird das Gesamtministerium beschließen, das sich mehren mit dem Reichsoberkriegsminister wird. Die Regierung nimmt aber schon jetzt Berücksichtigung, mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß sie die Handlung des Leunanns Berger aus schärfster Mißbilligung. Nach den Freilassungen, die das Ministerium des Innern bisher hat machen lassen hat die Verwaltung aus die Verhängung Berangers mit der bei Amida erfolgten Teilnahme von 13 Kommunisten in einem Automobil nicht zu tun.

Ein neuer deutscher Geschäftsträger für Mexiko. Wie die "Dona" erfährt, ist an Stelle des bisherigen Gesandten in Mexiko, Herrn von Sönnig, der Bischof von Lorens Lenen zum deutschen Geschäftsträger in Mexiko ernannt worden. Lenen kennt Land und Leute aus eigener Anschauung genauen.

Der National-Stellung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen Berlin N. W. 40 Minstraße 11 ist Reichsministerielle Verfügung Jährestzeit und innerhalb der deutschen Grenzen auch Stadträtezeit für die an die gerichteten Liebesgaben zuerkannt worden.

Ausland.

Eine Kritik in der französischen Sozialdemokratie. Paris, 12. Aug. Die sozialistische Partei Frankreichs wird demnach über den Versuch Cahin's und Proffard's, die sozialistische Partei Frankreichs zur Anerkennung der dritten Internationale zu veranlassen, sich ausdrücken. Nach dem "Petit Parisien" macht sich schon jetzt eine sehr erhebliche Opposition eines beträchtlichen Teiles der sozialistischen Abgeordneten bemerkbar. Am 29. Juli sei bereits ein energischer Protest gegen die Haltung Cahin's und Proffard's von einer Anzahl Sozialisten, und zwar nicht der unbedeutendsten, unterzeichnet worden. Die Unterzeichner des Protestes waren Cahin und Proffard vor, versucht zu haben, Frankreich zur Anerkennung von Prinzipien zu bewegen, die in drei Hauptpunkten der Demokratie, der Syndikalismus und der nationalen Verteidigung, eine Vereinigung derjenigen Prinzipien seien, die die französischen Sozialisten bisher anerkannt hätten und denen die Unterzeichner treu bleiben wollen. "Petit Parisien" schließt daraus, daß man sich am Vorabend einer Kritik befinden.

Der Tizsa-Prozess.

Wien, 11. Aug. An der jetzt eröfneten Anklageerörterung gegen die dem Hofkriegsrat unterliegenden Personen, die der Teilnahme an der Ermordung Tizsa's verdächtig sind, ist namentlich bemerkenswert, daß sie den ehemaligen Ministerpräsidenten Friedlich nicht nur nicht in die Anklage einschließen, sondern die Beschuldigungen, die sich aus den bisherigen Verhandlungen ergehen lassen, zu entziehen sucht. Aus den letzten Zeugenaussagen im Tizsa-Prozess ist bemerkenswert die des Barons Rodanffy, der am Tage des Mordes bei Tizsa war. Aus dem Unterfuchung der ersten Verhandlungen zur Ausforschung der Täter schließt der Anwalt die Teilnahme der hiesigen Ministerpräsidenten Rodanffy. Einen ähnlichen Verdacht hat der Zeuge Senfentzki, damals Stellvertreter des Oberstaatsanwalts. Aus der Vernehmung der mit der Ermordung Tizsa's beauftragten Genarmen ergibt sich, daß sie keinen ernstlichen Versuch zu machen die Mörder zu finden und sich ohne Weiteres entziehen ließen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 12. August 1920.

Stadterordneten-Sitzung.

Oberbürgermeister Rixe kehrt ins Amt zurück.

Seite war großes Festessen. Das Stadtparlament bewies dabei einen guten Willen. Es soll Vorklagen, die Wochen hindurch unersätzlich erschienen, werden sofort bewilligt. Darunter vor allem die Rekrutierungsausschusses des Oberbürgermeisters Rixe. Ausfragen innerhalb der Fraktionen und Verhandlungen mit Herrn Dr. Rixe selbst hatten im letzten Moment noch eine Möglichkeit geschaffen, die Sache zu einem erträglichen Abschluß zu bringen. Das Rekrutierungsausschusses des Oberbürgermeisters wird einmütig abgelehnt, da die Bedingungen, die er gestellt hat, seiner Partei annehmbar erscheinen. (Zum mindesten hatten dabei die bürgerlichen Fraktionen den Wunsch, daß er im Amt bleibe.) Und das Gehalt für ihn wird in einer Weise festgesetzt, die den Säben, die andere Städte beschlossen haben, unzufrieden entspricht: zum Grundgehalt der Magistratsmitglieder eine Amtszulage von 20000 Mark und ein Aufwandsgehalt von 5000 Mark, insonderheit etwa 600000 Mark. Das bedeutet ein Einkommen, das zwischen dem Einkommen der Oberbürgermeister von Magdeburg und Erfurt eine Mitte hält. Die Gehaltsentlastung selbst durch die Stimmen der Bürgerlichen und Mehrheitssozialisten gegen die Stimmen der Unabhängigen. Dabei braucht aber nicht verschwiegen zu werden, daß auch die Unabhängigen im innersten Herzen zufrieden damit sind, eine Angelegenheit, die durch das Zukunftsdenken von Selbstgefühl, Verringerung und Starrsinn gründlich zerstört war, auf annehmbarer Weise wieder zurecht zu bringen.

Oberbürgermeister Dr. Rixe, dessen Urlaub am 15. August abläuft, wird, da auch er mit dem Gehalt einverstanden ist, nurmehr wieder sein Amt übernehmen. —

Die Verhandlungen leitet der unabhängige Vorsteher Sennia. Er erteilt zunächst ein Schreiben des Vorsitzenden des Bundes zur Erklärung und Erhebung der deutschen Reichsregierung. Das hat sich auf das Einverständnis des Vereins bezieht und das Verhalten des Rates gegenüber dem Magistrat als beschuldig zu erweisen versucht. Sodann wendet man sich der Oberbürgermeisterangelegenheit zu. Der Vorlieber führt aus:

Es haben lange und überaus schwierige Verhandlungen unter den Parteien wie auch mit dem Oberbürgermeister stattgefunden. Manchem schien es, als ob überaus eine Verständigung unmöglich sei, als ob am Ende nur durch das Einwirken außerhalb der Stadterordneten selber Faktoren oder Prospektivbedingungen eine Lösung zu erreichen sei.

Schließlich aber erwieb ich, daß die durch Entwidlung und Geles für die Stadt gegebenen Aufgaben und Verpflichtungen so hart und unerfüllbar waren, daß die Verantwortung für ein sofortiges Ausschneiden des Oberbürgermeisters nicht zu übernehmen war. Die Parteien links und rechts hielten an ihren Grundgedanken und ihrer bisherigen Tattigkeit fest, was war der gleichen Stärke beider Hälften der Stadterordnetenversammlung eine Mehrheit mehr für eine Änderung des bestehenden Verhältnisses zum Oberbürgermeister noch ein Vertrauensvotum für ihn zu erzielen. So wird denn die endgültige Entscheidung aber durch Geles zu bestimmenden Neuwahl aller bestehenden Magistratsmitglieder gestellt werden, die die Städte noch für Anfang nächsten Jahres erwarren dürfen.

Der Herr Oberbürgermeister hat jetzt 67000 Mark Gehalt für die nächsten zehn Jahre als Bedingung seines Austrittes verlangt. Von da ab 75 Prozent als Ruhegehalt. Er hat dann einen abgängernden Vorlage gebracht, worin er anbotet, daß man ihm 50 Prozent an jenen 67000 Mark kürzen dürfe, wenn er eine andere geringere Bedingtheitsumme übernehme. Ich verständig habe das Empfinden, der Herr Oberbürgermeister würde eine Ehre darin haben, eine solche Stelle zu finden, um der Stadt die Last zu erleichtern.

Ich stelle den Vorschlag zur Abstimmung. Die Abstimmung erfolgt, daß sämtliche Stimmen gegen die Annahme der Vorsehung des Oberbürgermeisters ist also abgelehnt.

Vorsteher Sennia: Ich stelle fest, daß die Stadterordnetenversammlung die von dem Herrn Oberbürgermeister gestellten Bedingungen für die Aufhebung der Amtsenthebung nicht ablehnt. Weitere Vorsehung hat weder der Oberbürgermeister noch die Stadterordnetenversammlung zu machen, auch das habe ich fest.

Da viele Entschlüsse auf beiden Seiten die empfindlichen sind, so erlaube ich die Folgerung, daß der Herr Oberbürgermeister seine Amtszulage wieder aufzunehmen hat.

Der Vorsteher Sennia schließt darin Worte des Dankes gegen den Oberbürgermeister Gehalt: Der Oberbürgermeister Gehalt hat willig und freudig die ganze Last der Verantwortung des Oberbürgermeisters zu viele Monate auf seine Schultern genommen. Er hat das schwere Amt in einer Weise verwaltet, daß wir ihm für die anstandslos Entsetzen öffentlichen Dank schulden. (Wiederholte Bravo!) — Nachdem das Rekrutierungsausschusses des Oberbürgermeisters Rixe abgelehnt ist, liegt es uns ob, nunmehr sein Gehalt entsprechend dem Vorgehen gegenüber anderen Magistratsmitgliedern neu zu ordnen. Der Konflikt ist aus der Welt geschafft oder, wie man will, veraltet.

St. 508 (Deutschdem.): Wir beantragen, zum Grundgehalt der Magistratsmitglieder, dem Oberbürgermeister eine Amtszulage von 20000 Mark, und eine Aufwandsentschädigung von 5000 Mark zu geben.

Der Antrag wird angenommen mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Unabhängigen.

St. 509 beantragt ferner im Namen aller Fraktionen, dem Vorsteher Sennia für seine erfolgreiche Amtverrichtung fünfzig ein festes Aufwandsgehalt zu zahlen, und zwar in Höhe der Säge für unbescholtene Stadträte, also 400 Mark im Monat. Der Antrag wird einmütig angenommen.

Dann wird der Tagesordnung zu.

St. 510: Die Sachverständigen des Sanitätsrates, des Bürgermeisters, deputierten nichtbelegbar hat, wird Bertrag 32 abian gewählt.

Punkt 2 fällt aus, 3 bis 5 sind bereits erledigt.

6. Dem Stadtrat Reimann soll für die Monate, wo er als B. (Beschäftigter) der Leistungswilligkeit die Gehaltsleistung, die eine Einzahlungen in Höhe der Leistung des Stellvertreters, und zwar 1550 Mark, im Monat, gekürzt werden.

St. 511 (Deutschdem.): Herr Reimann besteht als unbescholtener Stadtrat 400 Mark Aufwandsentschädigung. Geben wir ihm jetzt noch 1550 Mark dazu, so kommt er monatlich auf 1950 Mark. Das ist mehr als der Gehalt der Polizeidirektorstelle, er zahlt. Das kann doch nicht ungenügend sein. Ich schlage vor, so jenen 400 Mark, noch 1150 Mark für den Monat zu zahlen.

St. 512 (Mehrheitssoz.): Stadtrat Reimann hat sein Amt als Stadtrat doch auch ausüben. Ich sehe keinen Grund ein, warum man ihm nicht das volle Gehalt des Polizeidirektors geben kann.

Der Antrag 1550 Mark, so jenen 400 Mark zu zahlen, wird mit dem Stimmen der Sozialdemokraten gegen die Bürgerlichen angenommen.

7. Die Ochsenbrücke an der Einmündung des Mühlgraben in die Saale, die dem Fiskus gehört und für den Treibriehwerk reparaturkosten durch die Saaleverwaltung zu zahlen ist, wird der Stadt, da sie für beiden Zweck nicht mehr benutzt wird, der Stadt unentgeltlich in Verwaltung geben. St. Steinbrück (Deutschdem.) empfiehlt die Übernahme.

St. 513 (Unabh.) bemängelt, daß die Brücke zu gewölbt sei. Rinderwagen könne man nicht über die Brücke wegfahren. (St. 514 (Deutschdem.): Das ist immer eine expeditivste, die Brücke (Steinbrück). Die Vorlage wird angenommen.

8. Am der Wohnkolonie der Baugewerkschaft Gottfried Lindner in Wittenberg Anschlag an das Wollerey zu geben, sind 47000 Mark nötig. Sie werden bewilligt. (St. 515 (Deutschdem.))

Punkt 9 ist bereits früher erledigt.

10. Die Veranlagung genehmigt, daß die Stadt mit 10000 Mark Anteil der Reichsanstalt an der Bauabteilung zur Wertverteilung von Konsolidation beiträgt.

11. und 12. Den Beistehen des Gewerks und des Kaufmannsgerichts beschließt man, für jede angelegene Stunde 3,50 Mark, mindestens 7 Mark, höchstens 12 Mark, für die Sitzung zu zahlen.

St. 516 (Mehrheitssoz.) wünscht, auch den Beistehen der Polizei ein solches Aufwandsgehalt zu geben. Die Veranlagung stimmt zu.

Punkt 13 regelt die Kosten für Dienstreisen. Die Veranlagung beschließt, an Tagessatz für die Mitglieder der städtischen Kollegien 40 Mark zu zahlen. Für die Beamten der Stadt 20 Mark, für die 2-3 30 Mark, für die 4-5 40 Mark, Übernachtungsgeld, ferner als Tagessatzauszahlung 50 Prozent Zuschlag auf jene Summe. (St. 517 (Deutschdem.))

14. Bei der Ammoniations-Veranlagung der Gewerkschaft sieht eine Veranlagung von 65000 Mark, die der Wasser-gesellschaft von 125000 Mark zu erwarren. Die 180000 Mark werden bewilligt. (St. 518 (Deutschdem.))



